

Kiel, 30.08.2016  
Aktenzeichen: 70.11.20 Ki/BI  
Zuständig: Herr Kiewitz

**Erfahrungsaustausch der Bürgermeister und der Verwaltungen der Deponie-  
Standorte und Nachbargemeinden, die für die Entsorgung von Abfällen aus dem  
Rückbau der Kernkraftwerke in Betracht kommen**

**Gespräch am 24.08.2016 im Haus der kommunalen Selbstverwaltung, Kiel**

**Teilnehmer**

**Amt Achterwehr**

Kittmann, Anne Katrin / Bürgermeisterin Gemeinde Achterwehr  
Szodrich, Anke / Bürgermeisterin Gemeinde Melsdorf

**Amt Bad Bramstedt-Land**

Klinger, Torsten / Bürgermeister Gemeinde Großenaspe  
Stölting, Christian / LVB Amt Bad Bramstedt-Land

**Amt Bornhöved**

Hamann, Knut / Amtsvorsteher Amt Bornhöved  
Tietgen, Jörg / LVB Amt Bornhöved  
Jürgens, Gert / 2. Stellv. Bürgermeister Gemeinde Damsdorf  
Dr. Klüver, Beatrix / Bürgermeisterin Gemeinde Tensfeld  
Saggau, Jörn / Bürgermeister Gemeinde Tarbek

**Gemeinde Handewitt**

Rasmussen, Thomas / Bürgermeister Gemeinde Handewitt

**Gemeinde Harrislee**

Dummann-Kopf, Kai / Gemeinde Harrislee  
Petersen, H. Christian / BLB Gemeinde Harrislee

**Amt Hohe-Elbgeest**

Hapke, Jonas / Fachdienst Liegenschaften Amt Hohe Elbgeest  
Jahn, Hans-Ulrich / Bürgermeister Gemeinde Wiershop  
Richard, Friedrich-Wilhelm / Bürgermeister Gemeinde Hamwarde  
Frau Zorn / Gemeinde Wiershop, Vorsitzende des Verbandes der privaten Entsorger

**Amt Oldenburg-Land**

Pries, Henning / Bürgermeister Gemeinde Gremersdorf

## Einführung

**Landesgeschäftsführer Bülow** begrüßt die Anwesenden und dankt gerade den Ehrenamtlern dafür, zu diesem Termin tagsüber nach Kiel zu kommen.

Er erläutert, dass die Zusammenkunft und der Anlass des Termins gewissermaßen außergewöhnlich seien, da sich der SHGT grundsätzlich nur mit Themen befasse, die alle Gemeinden betreffen. Aus regionalen Angelegenheiten halte sich der SHGT grundsätzlich bewusst heraus. In diesem Themenkomplex sei das MELUR jedoch auf den SHGT zugekommen, so dass sich die Geschäftsstelle die Frage stelle, ob es eine Chance gebe, die Interessen der Gemeinden zu vertreten und durchzusetzen. Dafür müsse der SHGT mit der Politik im Gespräch bleiben. Er stellt klar, dass der SHGT nicht der Landespolitik dienen müsse, sondern alleine verpflichtet sei, die Interessen der Mitgliedsgemeinden durchzusetzen.

Die Landesregierung wolle einen Prozess für die politische Akzeptanz der Entsorgung und Verwertung der Abfälle aus dem Abbau der Kernkraftwerke gestalten. Dazu gebe es unter anderem die Idee einer Entsorgungsvereinbarung als „Basis für gemeinsames Handeln“ zwischen den Betreibern der KKW, der Entsorgungswirtschaft, den kommunalen Landesverbänden, dem Ministerium und den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Der SHGT habe dem Ministerium zu keinem Zeitpunkt konkrete Zusagen oder Hoffnungen gemacht, sondern das Ergebnis der Beratungen offen gelassen. Der Landesvorstand habe die geplante Vereinbarung bisher sehr skeptisch gesehen.

Landesgeschäftsführer Bülow verweist auf folgende Schritte der letzten Wochen:

- Informationsveranstaltung des MELUR am 25. Mai 2016
- Schreiben des SHGT an die Deponiestandorte von 17 Juni 2016 mit der Klarstellung, dass der SHGT nur etwas unterzeichnen werde, was im Sinne der betroffenen Gemeinden ist. Außerdem hat der Gemeindegtag ein klares Verfahren für die weitere Beratung angekündigt.
- Diskussionsveranstaltung des MELUR am 21. Juli 2016
- Einladung des SHGT vom 28. Juli 2016 an die betroffenen Gemeinden für das Gespräch am 24. August 2016.

## Erfahrungsaustausch und Diskussion

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde bewerten die Anwesenden jeweils die Eindrücke aus den örtlichen Informationsveranstaltungen und berichten über die Beschlusslagen in den Gemeindevertretungen oder Amtsausschüssen.

Abschließend fasst **Landesgeschäftsführer Bülow** die Gesprächsergebnisse in fünf Punkten zusammen:

1. Der SHGT steht zum Rückbau der Kernkraftwerke.
2. Der von Seiten des MELUR vorgeschlagene Weg einer Entsorgungsvereinbarung wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht als geeignetes Instrument empfunden.
3. Der SHGT tritt dafür ein, den Diskussionsprozess neu aufzusetzen und Fragen zu behandeln, die bisher nicht beleuchtet worden sind. Hierbei geht es vor allem um:

- Öffnung der Diskussion für alternative Entsorgungskonzepte; es sollten weitere Optionen dargestellt und verglichen werden, einzelne Regionen sind bereit, ein eigenes Entsorgungskonzept zu erarbeiten.
  - Verständlichere Aufbereitung von Informationen
  - Informationskampagne, die nicht fachlich vorgebildeten Bürgern das Thema verständlich macht.
  - Überprüfung des 10 Mikrosievert-Konzeptes
  - Prüfung eines regionalen Ansatzes (regionale Solidarität, Transportwege vermeiden)
  - Einbeziehung der Nachbargemeinden der Deponiestandorte in Informations- und Beratungsmaßnahmen
  - Erstellung von Detailkonzepten für jeden einzelnen Deponiestandort.
  - Überprüfung der Aussagen des MELUR durch unabhängige Experten
4. Der SHGT erklärt ausdrücklich, dass er im Hinblick auf Entsorgungsfragen im Gespräch bleiben möchte.
5. Die Geschäftsstelle wird auch weiterhin den Erfahrungsaustausch gewährleisten. Bei Bedarf wird ein weiteres Treffen einberufen.

Die Landesgeschäftsstelle wird die Ergebnisse des Gespräches in Form eines Schreibens an das Ministerium mitteilen, das auch allen anwesenden Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden soll.